

HORST HELBING

Gewerkschaften auf dem Prüfstand

Zwischen Autonomie und Rahmenplan

Eine Würdigung ihrer Arbeit kann DGB-Gewerkschafter in unserer Zeit nicht zu selbstgefälligem Eigenlob führen. Selbst wenn sie — mit gutem Recht — an die Spitze der Betrachtungen den eindrucksvollen Katalog ihrer Erfolge stellen, die sie in den zurückliegenden Jahren erreichen konnten.

Zu diesen Erfolgen gehört einmal der sichtbar gestiegene Lebensstandard aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik; die kürzere Arbeitszeit mit der 5-Tage-Woche; ein längerer Urlaub und eine größere soziale Sicherheit für die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wenn heute als selbstverständlich gilt, daß auch die Rentner teilhaben an dem wachsenden Wohlstand unserer Gesellschaft, dann verdient diese Leistung besonders vermerkt zu werden. Das Recht des Menschen auf ein menschenwürdiges Leben auch im Alter, ist endlich für einen großen Teil der Bevölkerung, der nicht mehr im Arbeitsprozeß steht, verwirklicht worden.

Alle diese Erfolge danken wir zu einem wesentlichen Teil der Arbeit, dem Opfersinn und dem Kampf der in den DGB-Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der entscheidende Beitrag der Gewerkschaften zum sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt wird heute von vernünftigen Menschen nicht mehr bestritten.

Seit seiner Gründung im Jahre 1949 hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund als gewichtige Kraft in der Bundesrepublik erwiesen. Dabei konnte der DGB keineswegs immer *die* Lösung durchsetzen, die nach seiner Ansicht bei bestimmten politischen Fragen zweckmäßig gewesen wäre. Doch oft ist ihm die Genugtuung zuteil geworden, daß nachträglich — mitunter zu spät — die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Auffassung durch die Entwicklung bestätigt wurde. Der DGB kann — alles in allem — eine Bilanz vorweisen, auf die jeder Gewerkschafter stolz sein darf.

Und dennoch registrieren wir ein Unbehagen in den Reihen des DGB, unter Mitgliedern und Funktionären. Dieses Unbehagen hat reale Ursachen, und bei einer Bestandsaufnahme gilt es, diesen Ursachen nachzuspüren, ihre möglichen Auswirkungen zutreffend einzuschätzen.

Auf das Jahr 2000 zu

Die Gründung des DGB im Oktober des Jahres 1949 war das Werk verdienstvoller Gewerkschafter, deren Gesellschaftsbild geprägt war von ihren Erfahrungen aus den 20er Jahren, aus der Weltwirtschaftskrise und von der Machtergreifung der Nazis. Diese Erfahrungen und die Ergebnisse des gewerkschaftlichen Wiederaufbaues von 1945 bis 1949 fanden ihren Niederschlag in der heute noch gültigen Organisationsstruktur der Gewerkschaften des DGB und im ersten Grundsatzprogramm.

Heute, 18 Jahre nach dem Münchener Gründungskongreß, zeichnet sich sichtbar für alle ab, wie sehr sich seither unsere Gesellschaft gewandelt hat; wie sich die Verhältnisse und damit das Bewußtsein der Menschen verändert haben.

Als Beispiel dafür sei hier auf das immer noch zur gewerkschaftlichen Sonntagssprache gehörende Schlagwort von der internationalen Solidarität verwiesen. Dieses Wort war einmal Ausdruck für die Kraft der Arbeiterbewegung. Dieser Begriff ist heute leer und ohne Faszination auf junge Gewerkschafter. Er wurde verdrängt durch nüchterne Urteile und realistische Überlegungen über den Wert internationaler Zusammenschlüsse von Gewerkschaftsbünden. Auf die Lage der Arbeitnehmer allerdings wirken sich diese nüchternen Überlegungen oft sehr viel vorteilhafter aus als alle Berufungen auf die internationale Solidarität. Doch mit Nüchternheit kann man die Menschen nicht begeistern, sie kann nicht jene Vision ersetzen, die einst mit dem Begriff der Solidarität verbunden war und die vielen Aktionen der Arbeiterbewegung den mitreißenden Schwung gegeben hat.

Den Gewerkschaftern von heute ist das nüchterne Geschäft der Realisierung jener Utopien aufgetragen, für die ihre Väter bereit waren, auf die Barrikaden zu steigen; heute sind sie allenfalls genötigt, dafür in diesen oder jenen Ausschuß zu gehen.

Aus einer solchen Utopie erwuchs die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, deren unzulängliche Verwirklichung die Gewerkschaften heute beklagen. Aber auch hier zeigt sich, in welchem Umfang konkrete Interessen der nationalen Gewerkschaftsbünde an die Stelle der internationalen Solidarität getreten sind.

Eine ähnliche Hinwendung zur Realität verzeichnen wir in der Wirtschaftspolitik. Im Grundsatzprogramm des DGB von 1963 heißt es unter dem Punkt III. *Mittel der Wirtschaftspolitik, 1. Der volkswirtschaftliche Rahmenplan:*

„Die Sicherung von Vollbeschäftigung und stetigem Wirtschaftswachstum sowie die Stabilisierung des Geldwertes setzen in der modernen dynamischen Wirtschaft eine Koordinierung aller wirtschaftlichen Maßnahmen voraus. Die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht sich selbst überlassen bleiben. Der Wirtschaftsprozeß ist durch eine differenzierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung überschaubar zu machen, so daß die Geld- und Güterströme innerhalb der Wirtschaft und zwischen dem In- und Ausland sichtbar werden und die voraussichtlichen Auswirkungen bestimmter Einkommens- und Ausgabenänderungen beurteilt werden können.

Aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist der Rahmenplan in der Form eines Nationalbudgets zu entwickeln. Es enthält die Zielsetzung für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. An seiner Vorbereitung ist der Deutsche Gewerkschaftsbund zu beteiligen. Die Richtlinien des Nationalbudgets sind für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich. Sie geben die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften.“

Das Grundsatzprogramm war in diesem Punkt damals dem gewerkschaftlichen Bewußtsein ebenso voraus wie der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Heute jedoch

geschieht genau das, was der DGB in seinem Grundsatzprogramm fordert, und dabei erleben wir, daß die Konsequenzen, die sich aus der Erfüllung dieser Forderung ergeben, in den Reihen der Gewerkschafter keineswegs eitel Freude auslösen.

Auf dem Prüfstand

Aus der veränderten Situation haben sich neue Aufgaben für die Gewerkschaften ergeben, die noch nicht überall in ihrer ganzen Bedeutung erkannt worden sind.

So müssen sich zum Beispiel viele Gewerkschafter heute mit der Tatsache befreunden, daß eine geplante Wirtschaftspolitik die Einkommenspolitik einbeziehen muß und daß die langfristige Festlegung der künftigen Einkommensentwicklung nicht ohne Folgen für die Tarifpolitik bleiben kann.

Die Gewerkschaften hatten sich seinerzeit in ihrem Grundsatzprogramm zwar für eine geplante Wirtschaftspolitik ausgesprochen, ihr tatsächliches Verhalten aber konnte sich nur an der von der Regierung praktizierten Wirtschaftspolitik orientieren. Heute entspricht die amtliche Wirtschaftspolitik in wesentlichen Teilen den Vorstellungen, wie sie im DGB-Grundsatzprogramm entwickelt worden sind. Die Gewerkschaften stehen daher vor der Notwendigkeit, auch ihre Organisation und ihr Instrumentarium in einer geplanten Wirtschaftspolitik einzusetzen. Sie müssen heute das tun, wonach sie in der Vergangenheit immer verlangt haben.

Doch sie sind nur unzureichend auf diese neue Aufgabe vorbereitet, die offenbar sehr viel schwieriger ist, als dies in der Theorie scheinen mochte. So werden z. B. erst jetzt viele strukturelle Veränderungen in der deutschen Wirtschaft sichtbar, die sich in der Vergangenheit hinter dem Schleier der Konjunktur und der Vollbeschäftigung vollzogen haben. Viele sind in ihrer vollen Bedeutung nicht immer richtig erkannt worden. Oft genug allerdings wurden die Gewerkschaften, wenn sie auf nachteilige Auswirkungen der strukturellen Veränderungen hingewiesen haben, mit dem Hinweis auf die Vollbeschäftigung und die hohe Zahl der freien Stellen gerade von jenen abgetan, die an den Kommandohebeln der Wirtschaftspolitik saßen und die die Weichen rechtzeitig hätten stellen müssen.

So haben die Verantwortlichen unserer Wirtschaftspolitik jahrelang geglaubt, auf eine Arbeitsmarktpolitik verzichten zu können. Sie begnügten sich mit dem simplen Hinweis, daß genügend freie Arbeitsplätze zur Verfügung stünden, um mit einer möglichen strukturellen Arbeitslosigkeit fertigzuwerden.

Der DGB hat es damals nicht vermocht, seine vernünftigen und über den Tag hinausreichenden Vorstellungen durchzusetzen. Jetzt endlich, da die Konjunkturflaute strukturelle Schwächen der Wirtschaft für alle sichtbar macht, finden diese Vorschläge auch die Unterstützung der Regierung und des Parlamentes.

Der Rückgang der Konjunktur, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit verschlechterten die gewerkschaftliche Position. Ihre Stärke bei Verhandlungen beruht zu einem wesentlichen Teil auf der Vollbeschäftigung.

Die Unternehmer andererseits haben ihre Schwäche in der Zeit der Vollbeschäftigung zum Anlaß genommen, ihre Kräfte zu konzentrieren. Sie haben Schritt für Schritt die Autonomie der Einzelverbände und ihrer regionalen Vereinigungen eingeschränkt. Sie konnten diese Veränderungen verhältnismäßig leicht vollziehen, denn dort handelt es sich schließlich um Organisationen, in denen der Wille der Mitglieder kaum ausschlaggebend ist. Über ihre Politik gibt es in der Öffentlichkeit keine großen Debatten. Unternehmerverbände können nun einmal ihrer Natur nach nur sehr bedingt als demokratische Gebilde gelten. Sie benötigen weder Zweidrittelmehrheiten, um Satzungen zu ändern, noch haben sie auf eine demokratische Tradition Rücksicht zu nehmen.

Der DGB und seine Gewerkschaften dagegen sehen mit gutem Grund in der demokratischen Tradition ihrer Organisation eine entscheidende Stärke. Sie brauchen darum aber auch mehr Zeit, wenn es gilt, wichtige Entscheidungen zu treffen. Sie müssen ihre Mitglieder überzeugen, müssen Mehrheiten für eine neue Politik gewinnen.

In dieser Situation nun werden sie vor zwei äußerst schwierige Aufgaben gestellt. Sie sollen einmal die Arbeitsplätze und zum andern den sozialen Standard nicht nur ihrer Mitglieder, sondern aller Arbeitnehmer sichern. Diese Aufgaben können sie jedoch nur dann zufriedenstellend lösen, wenn sie durch eine entsprechende Politik der Regierung unterstützt werden.

Das versucht die Große Koalition mit ihrer Wirtschaftspolitik. Der DGB handelte darum folgerichtig, als er sich bereit fand, diese Anstrengungen der Bundesregierung zu unterstützen. Seine Teilnahme an der konzertierten Aktion beruht auf dieser Einsicht.

Das aber gilt nicht nur für die Zeit der Konjunkturflaute. Der kommende neue Aufschwung der Konjunktur, der die Vollbeschäftigung wieder bringen wird, entbindet den DGB und seine Gewerkschaften nicht von der Verpflichtung, die eigenen Instrumente zu überprüfen und dort, wo es erforderlich sein sollte, zu vervollkommen. Nur dann werden sie sich weiterhin im Konzert mit der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden behaupten können. Eine Rückkehr zur konzeptionslosen Marktwirtschaft *Erhard*-scher Prägung wird es in der Bundesrepublik nicht geben. Die mittelfristige Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu der die Regierung jetzt die ersten Ansätze gemacht hat, schließt das aus.

Die mittelfristige Politik im Bereich der Wirtschaft und der Staatsfinanzen bedeutet ihrem Wesen nach, daß alle Entscheidungen, die in ihrem Rahmen getroffen werden, handfeste Einkommenspolitik enthalten. Dabei stellt sich jedesmal die Frage, welche Gruppe des Volkes dabei Vorteile hat und auf wessen Kosten diese Vorteile gewährt werden sollen.

Die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gebieten es, daß die Gewerkschaften schon bei der Ausarbeitung der Pläne dabei sind, daß die Entscheidungen nicht ohne sie fallen.

Kann aber der DGB diese Aufgabe unter den gegebenen Bedingungen erfüllen? Wie weit müssen die DGB-Gewerkschaften ihre Struktur und ihre Arbeitsweise den neuen Gegebenheiten anpassen, welche neuen Werkzeuge müssen sie entwickeln?

Grenzen der Tarifautonomie

Bei den Diskussionen, die sich aus diesen Fragen ergeben, werden die Grenzen der Tarifautonomie sichtbar. Die Tarifautonomie, d. h. das Recht der Tarifvertragsparteien, in freier Verhandlung über Lohn- und Gehaltserhöhungen und über bessere Arbeitsbedingungen Verträge abzuschließen, war in der Vergangenheit der Schlüssel zu vielen Erfolgen der Gewerkschaften. In einer geplanten Wirtschaftspolitik jedoch vermindert sich die Bedeutung dieses Instrumentes. Es kann nicht mehr mit der gleichen Wirksamkeit angewendet werden wie bisher.

Die Tarifautonomie, so hat es Staatssekretär *Arndt* kürzlich einmal formuliert, gibt den Gewerkschaften praktisch das Recht, zu bestimmten Angeboten und Vorschlägen „nein“ zu sagen. Wenn das richtig ist, dann genügt diese Form der Autonomie nicht mehr, denn die Gewerkschaften wollen ja nicht nur „Nein“ sagen können, sie wollen auch beteiligt sein, wenn die Weichen für eine in die Zukunft gerichtete Einkommenspolitik gestellt werden.

Es hat sich inzwischen auch erwiesen, daß man die Tarifautonomie aushöhlen kann, ohne sie rechtlich einschränken zu müssen. Die präjudizierende Wirkung von „Orientie-

rungsdaten" oder „Leitlinien" auch für angestrebte Lohn- und Gehaltssteigerungen ist uns in den zurückliegenden Monaten demonstriert worden. Die Weigerung der DGB-Gewerkschaften, ihre Lohn- und Gehaltspolitik am Produktivitätsfortschritt zu orientieren, hat nicht verhindern können, daß dies in der Praxis dennoch geschah. Niemand kann außerdem an der psychologischen Wirkung von Orientierungsdaten auf die öffentliche Meinung vorbeisehen, mögen sie auch wissenschaftlich unhaltbar und volkswirtschaftlich unsinnig sein. Daß das Unternehmerrmärchen von der Lohn-Preis-Spirale so lange geglaubt wurde, ist ein Beweis dafür.

Diese Erfahrungen haben zu dem Entschluß der DGB-Gewerkschaften beigetragen, ihre Tarifpolitik stärker als bisher zu koordinieren. Aber die Möglichkeiten sind begrenzt. Einmal durch die Unabhängigkeit der einzelnen Gewerkschaften, die bis hinunter in die Bezirksorganisationen reicht. Viele Gewerkschaftsvorstände wären — selbst wenn sie es wollten — nicht in der Lage, Verhandlungsermächtigungen an den DGB zu delegieren. Sie müßten dazu erst ihre Organisationsstruktur ändern und eine stärkere Zentralisierung in gewissen Fragen durchsetzen.

Im Gegensatz dazu haben die Unternehmensverbände seit langem ihren Zentralen das Recht zugestanden, bei allen wichtigen Verhandlungen dabeizusein und mitzuentcheiden. Sie haben auf diese Weise eine einheitliche Unternehmerhaltung selbst in solchen Wirtschaftszweigen erreicht, in denen ein größeres Entgegenkommen gegenüber den Gewerkschaften nicht nur materiell möglich, sondern im Interesse der Volkswirtschaft und der betroffenen Unternehmen auch wünschenswert gewesen wäre.

Angesichts dieser Situation muß sich die gewerkschaftliche Position unvermeidlich verschlechtern. Die Präsenz der Gewerkschaften im Betrieb wird im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten in starkem Maße durch eine effektiv wirksame Tarifpolitik bestimmt. Gerade die aber wollen die Unternehmer mit ihrer neuen Politik unterbinden.

Europa vor der Tür

Für den DGB und darüber hinaus für die europäische Gewerkschaftsbewegung ist der Zwang, sich der Entwicklung anzupassen, besonders spürbar. Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft steht das Jahr 1970 vor der Tür, jenes Datum, an dem die Wirtschaftsgemeinschaft vollendet sein soll. Darauf stellen sich Unternehmer und Konzerne schon heute ein.

Immer robuster passen die großen Unternehmen der Bundesrepublik ihre Struktur dem neuen Markt der 180 Millionen Verbraucher an. Sie entwickeln eine europaweite Strategie, da sie sich dem Zwang, den die Konkurrenz der Großen aus dem übrigen Europa und den USA ausübt, nicht entziehen können.

Doch so, wie der Zusammenschluß der Konzerne in diesem Stadium der europäischen Entwicklung unvermeidlich und wünschenswert zugleich ist, so wünschenswert ist eine Zusammenarbeit zwischen den freien Gewerkschaften in den Ländern der EWG. Ansätze dazu sind gemacht, doch sie genügen noch längst nicht den Anforderungen.

In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden künftig nur noch europaweite Gewerkschaften in der Lage sein, die Interessen der Arbeitnehmer gegen die gigantischen Zusammenschlüsse privater Unternehmen und gegen eine mächtige europäische Regierungsbürokratie erfolgreich wahrzunehmen.

Auf dem 16. Europäischen Gespräch in Recklinghausen sind diese europaweiten Gewerkschaften zwar gefordert worden, doch dort wurde auch deutlich ausgesprochen, daß sie vorerst noch ein frommer Wunsch bleiben dürften.

Der tatsächliche Zustand der freien Gewerkschaften in den Ländern der Gemeinschaft rechtfertigt keinen Optimismus. Bei Lichte betrachtet sind der DGB und seine Gewerk-

schaften die einzigen Organisationen in den EWG-Ländern, die in etwa den Anforderungen genügen könnten, die an eine europäische Gewerkschaftsbewegung gestellt werden müssen.

So zeichnet sich die Gefahr ab, daß die Gewerkschaften zwar die ersten Rufer und Vorkämpfer für ein vereinigtes Europa waren, nun aber leicht die letzten werden könnten, die aus ihrer Forderung die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Tradition aus dem Deutschen Museum?

Auf dem DGB-Gründungskongreß 1949 im Deutschen Museum zu München wurde eine Organisationsform beschlossen, die damals keineswegs den Vorstellungen aller Delegierten entsprach. Es gab in den organisatorischen Vorläufern des DGB, den regionalen Gewerkschaftsbünden, Ansätze zur Entwicklung einer Einheitsgewerkschaft, die ungefähr der Form entsprachen, wie sie der *Österreichische Gewerkschaftsbund* gefunden hat. Diese stärker zentralisierte Organisationsform hätte eine zielstrebige politische Führung durch den Bund ermöglicht und die Kraft der sechseinhalb Millionen Mitglieder in vielen Fragen nachhaltiger zur Wirkung bringen können.

Auf der anderen Seite hat die föderative Struktur des Deutschen Gewerkschaftsbundes sicherlich die demokratische Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation gefördert. Das Eigenleben in den Gewerkschaften und den Landesbezirken des DGB hat vor allem in den Jahren des Wiederaufbaues der Initiative Vielen Raum gegeben.

Die Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf den verschiedenen Organisationsstufen waren und sind eine Quelle der Kraft. Doch immer stärker treten auch die Nachteile dieser Form zutage. Sie erschwert oder verhindert eine zielstrebige Führung in Zeiten, da sich die DGB-Gewerkschaften den konzentrierten Angriffen starker Gegner ausgesetzt sehen.

Das Ergebnis von München kann nicht als die Frucht rationaler Überlegungen gelten. Diese Struktur ist eher gewachsen, als einem politischen Kalkül entsprungen. In etwa spiegelt sie die Struktur der deutschen Industrie, wie sie sich nach der großen Rationalisierungswelle in den 20er Jahren herausgebildet hatte. Darum wäre es nicht sehr sinnvoll, wenn sich der DGB nach einer Geschichte von nur 18 Jahren auf die Tradition berufen und seine gegenwärtige Organisationsform als unabänderlich betrachten würde.

Die deutsche Industrie hat sich inzwischen längst weiterentwickelt; sie ist dabei, eine Form zu finden, die die Gewerkschaften in mancher Hinsicht beachten sollten. Es sei hier nur auf den Prozeß der Konzentration hingewiesen, der noch längst nicht abgeschlossen ist. Die Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen, der Vormarsch der Angestellten, die Einführung völlig neuer Führungsinstrumente wie Datenverarbeitung und Elektronik, neue Fertigungstechniken, neue Werkstoffe und Energiequellen kennzeichnen diese Veränderungen.

Sie vollzogen sich bisher ebenfalls hinter dem Schleier einer Konjunktur, die es den Gewerkschaften gestattete, die Konsequenzen zu übersehen, die sich für sie daraus ergeben haben.

Die DGB-Gewerkschaften rüsten sich nun, den 20. Jahrestag von München zu begehen, und viele Gewerkschafter scheinen stolz darauf zu sein, daß sie die hinter ihnen liegenden schwierigen und erfolgreichen Jahre mit einer nahezu unveränderten Organisationsform durchgestanden haben. Es wächst in ihren Reihen eine Mentalität, die in einer Verteidigung des Besitzstandes die wichtigste Aufgabe sieht. Das mag eine lobenswerte Verhaltensweise sein, wenn es tatsächlich um die Erhaltung eines Besitzstandes geht. Für eine gewerkschaftliche Organisation wie den DGB aber, der eine weitreichende Veränderung der Gesellschaft zu seinem Programm gemacht hat, ist dieses Denken absurd und auf die Dauer gefährlich.

Die Anpassung der gewerkschaftlichen Organisation an die veränderten wirtschaftlichen und politischen Strukturen in der Bundesrepublik ist für die DGB-Gewerkschaften zu einer Lebensfrage geworden.

Heute besteht noch die Möglichkeit, diesen Prozeß aus eigener Einsicht und mit einer durchdachten Konzeption zu vollziehen; morgen werden sich die Gewerkschaften unter dem Zwang der Verhältnisse von Fall zu Fall zum nächsten Schritt drängen lassen müssen, ohne dann die Möglichkeit zu haben, ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen.

Ein Warnsignal, das den Gewerkschaften seit langem zu denken gibt, ist die stagnierende Mitgliederentwicklung und die andauernde Fluktuation unter den Mitgliedern in allen Gewerkschaften. Beide Erscheinungen sind zweifellos zu einem erheblichen Teil auf die Organisationsform des DGB und seiner Gewerkschaften zurückzuführen. Sie macht eine lückenlose Betreuung der Mitglieder einfach unmöglich, denn diese Aufgabe überfordert die Kraft von 16 Einzelgewerkschaften, die sich dabei verzetteln müssen. Gegenwärtig ist es so, daß eine Gewerkschaft sechs neue Mitglieder werben muß, um in der Jahresabrechnung ein Mitglied als Zugang verzeichnen zu können.

Eine wesentliche Ursache für diese betrübnliche Entwicklung ist das unzureichende Meldewesen der Organisationen. Schon ein Wechsel des Arbeitsplatzes oder der Wohnung sind häufig genug Anlaß, um eine Mitgliedschaft „einschlafen“ zu lassen.

Eine zentrale Mitgliederkartei, eine Datenverarbeitungsanlage für alle Organisationen könnten sich hier bereits vorteilhaft auswirken. Freilich, mit technischen Mitteln allein ist das Problem nicht zu lösen. Doch schon dieser Schritt setzt voraus, daß die Mitglieder in den Gewerkschaften sich nicht dazu verleiten lassen, einen Besitzstand zu verteidigen.

Als weitere Symptome einer Organisationsform, die nicht mehr den Anforderungen der Zeit entspricht, sind zu nennen der Zustand der gewerkschaftlichen Werbung, des Bildungswesens und der Gewerkschaftspresse.

Die verkümmerte Diskussion

Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik ist dem DGB und seinen Gewerkschaften nicht immer freundlich gesonnen. Die Gewerkschaften finden vor allem dann recht unsachliche und oft auch gehässige Kritik, wenn sie, im Interesse der Arbeitnehmer, das Risiko eines Arbeitskampfes eingehen und so die geheiligte Ruhe in der Bundesrepublik stören. Es spricht keineswegs gegen die Gewerkschaften, wenn sie mit ihren Ideen und Vorschlägen Widerspruch finden bei denen, die heute noch allein über die Produktionsmittel verfügen und die diesen Zustand auch gerne unverändert beibehalten möchten. Bedenklicher jedoch ist die Tatsache, daß selbst Arbeitnehmer oftmals wenig Verständnis für gewerkschaftliche Aktionen zeigen, obwohl sie dazu dienen, den Lebensstandard dieser Arbeitnehmer zu verbessern.

Mancher Vorbehalt gegen die Gewerkschaften und ihre Arbeit beruht einfach auf Unkenntnis oder auf unzureichender Unterrichtung der Öffentlichkeit. Nach wie vor zeichnen sich DGB und Gewerkschaften durch eine eigentümliche Publizitätsscheu aus. Bei ihnen ist immer noch die Vorstellung lebendig, daß das, was in den Gewerkschaften vor sich geht, „die da draußen nicht zu kümmern hat“. Diese Haltung paßt schlecht zur Forderung des DGB, als größte demokratische Organisation der Bundesrepublik, zu allen wichtigen politischen Entscheidungen gehört zu werden. Gerade weil dieser Anspruch zu Recht besteht, ist auch das Verlangen der demokratischen Öffentlichkeit gerechtfertigt, über die Entwicklung in diesem DGB unterrichtet zu sein.

Zudem liegt es im eigenen Interesse der DGB-Gewerkschaften, ihre Probleme in aller Offenheit darzulegen. In einer offenen demokratischen Gesellschaft, in der wir leben, las-

sen sich Fragen von einiger Bedeutung nicht geheimhalten, und das ist gut so. Es ist darum vernünftiger, diese Informationen rechtzeitig und ausreichend zu geben. Wie nachteilig sich für die Gewerkschaften Geheimniskrämerei auswirken kann, das zeigte sich zu Beginn dieses Jahres, als Einsparungen im DGB-Haushalt beschlossen wurden und die Mitglieder nicht rechtzeitig durch ihre Organisation davon erfuhren. Damals waren nicht nur viele Gewerkschafter verärgert, sondern der DGB setzte sich auch dem unsinnigen Verdacht aus, in finanziellen Fragen etwas verschleiern zu wollen.

Eine großzügige Information der Öffentlichkeit, die Unterrichtung der Gewerkschafter über alle Fragen, die sie angehen, und zwar im Stadium der Vorbereitung, das sollte selbstverständlich sein für eine Organisation von der Bedeutung des DGB.

Der Weg in die Bildungsgesellschaft

Der technische Fortschritt und die internationale Konkurrenz zwingen die Bundesrepublik zu immer größeren Anstrengungen auf den Gebieten der Bildung und Ausbildung. Die Berufsausbildung erhält auf Grund der Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, eine völlig neue Bedeutung. Hier haben die DGB-Gewerkschaften mit ihren Vorstellungen über den Inhalt und die gesellschaftspolitischen Wirkungen der Berufsausbildung einen Wandel herbeiführen helfen. Ihre Vorschläge für ein Berufsausbildungsgesetz, ihre Empfehlungen, wie diese Berufsbildung einbezogen werden sollte in die allgemeine Bildungspolitik, werden von aufgeschlossenen Pädagogen und fortschrittlichen Ausbildern in modernen Industriebetrieben anerkannt. Der DGB hat damit einen Beitrag geleistet, der dem ganzen Volk zugute kommt. Widerstand gegen seine Vorschläge kommt heute fast ausschließlich aus Handwerksbetrieben, in denen noch der Geist der Zünfte regiert, oder von kurzsichtigen Unternehmern, die den Lehrling immer noch als billige Arbeitskraft betrachten.

Die Ansätze zu einer Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik sind ebenfalls dem Drängen des DGB und der Gewerkschaften zu verdanken. Nach den Vorstellungen der Gewerkschaften soll die Arbeitsmarktpolitik zu einem Instrument entwickelt werden, mit dessen Hilfe eine größere Mobilität der Arbeitnehmer erreicht und so Anpassungsprozesse an Strukturveränderungen leichter bewältigt werden können.

Eine moderne Berufsausbildung ist ein wichtiges Mittel der Arbeitsmarktpolitik. Da die Gewerkschaften zu ihrer Entwicklung so entscheidend beigetragen haben, bestehen sie zu Recht darauf, auch weiterhin diese wichtigen Zweige einer dynamischen Wirtschaftspolitik mitzugestalten.

Die vorbildliche Arbeit des DGB und seiner Gewerkschaften auf dem Gebiet der Berufsausbildung und des öffentlichen Bildungswesens steht in einem merkwürdigen Widerspruch zu ihrer *eigenen* Bildungsarbeit.

Das Ergebnis dieser Arbeit kann sich durchaus sehen lassen. Die Gewerkschaften haben seit der Gründung des DGB erhebliche Anstrengungen gemacht, um möglichst viele ihrer Mitglieder in ihre Bildungsarbeit einzubeziehen. Die Anstrengungen sind von Jahr zu Jahr gesteigert worden. Zu den modernen DGB-Bundeschulen kam eine Reihe neuer, hervorragend ausgestatteter Bildungszentren einzelner Gewerkschaften hinzu, weitere sind im Bau oder geplant.

Die enormen Anstrengungen mit einem entsprechenden finanziellen Aufwand stellen aber keineswegs eine optimale Lösung dar. Zweifellos ließe sich mit einem geringeren Aufwand ein noch günstigeres Ergebnis erzielen, wenn die Bildungsarbeit wirklich gemeinsam, unter der Federführung des DGB, stattfände.

Mit den verfügbaren Mitteln ließe sich dann ein Bildungssystem aufbauen, das aus dem Kreis der interessierten Mitglieder die besten auslesen und sie entsprechend ihren

Fähigkeiten fördern könnte. So wie sich die Bundesrepublik nur behaupten wird, wenn sie den Fragen der Bildung und Ausbildung genügend Aufmerksamkeit schenkt und ausreichende Mittel zur Verfügung stellt, so werden DGB und Gewerkschaften in den künftigen Auseinandersetzungen nur dann erfolgreich sein, wenn ihr Bildungsprogramm einheitlich arbeitet und so den höchstmöglichen Effekt erzielen kann.

Die Sozialpolitik als Muster

Ein Muster für das Ergebnis einer zielstrebigem und erfolgreichen Arbeit des DGB und seiner Gewerkschaften ist die Sozialpolitik in der Bundesrepublik. Es handelt sich hier um ein ureigenes Gebiet gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Gewerkschaften konnten sich auf diesem Gebiet zu einer Zeit bewähren, als ihnen die übrigen Bereiche der Politik noch verschlossen waren. Das Ergebnis sind neben einer weitreichenden sozialen Sicherheit für die Arbeitnehmer zahlreiche Institutionen und Selbstverwaltungskörperschaften, die ohne die gleichberechtigte Mitarbeit der Gewerkschaften heute nicht mehr funktionieren würden.

Die gewerkschaftliche Tätigkeit hat auf diesem Gebiet zu zwei bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Einmal sind wesentliche Einrichtungen der staatlichen Reglementierung entzogen; zum anderen stellen die Gewerkschaften in den Organen der Selbstverwaltungskörperschaften eine große Zahl qualifizierter Mitarbeiter, deren Sachkenntnis auch für andere Aufgaben in der demokratischen Selbstverwaltung nutzbar gemacht werden kann.

Hier deutet sich ein Modell an für Formen der staatsbürgerlichen Betätigung im staatsfreien Raum. In bestimmten Bereichen unserer Wirtschaft wären ähnliche Einrichtungen möglich. In dem Bereich der Gemeinwirtschaft wurde diese Entwicklung bereits zu einem Teil vorweggenommen.

Die Forderung des DGB nach einem weiteren Ausbau der qualifizierten Mitbestimmung in der Wirtschaft gewinnt unter diesem Aspekt noch an Bedeutung.

Große Koalition und die Folgen

Die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD ist von vielen Gewerkschaftern mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Zwar sind die kritischen Stimmen weniger laut, seit für alle sichtbar wurde, daß eine vernünftige Alternative nicht vorhanden war. Doch immer noch wird die Politik dieser Koalition mehr mit dem Gefühl als mit kritischem Verstand gewürdigt.

Die Parteien der Großen Koalition bezeichnen sich als Volksparteien. Die Gewerkschaften müssen damit rechnen, daß noch vorhandene ideologische Unterschiede weiter abgebaut werden. Sie sollten sich mit dem Gedanken vertraut machen, künftig mit Parteien zu tun zu haben, die soziologisch ziemlich gleichartige Gebilde sind.

Daraus ergibt sich, daß der DGB zur Durchsetzung bestimmter Ziele Verbündete in allen demokratischen Parteien suchen muß, und daß diese Verbündeten auch wechseln können.

Dabei steht außer Zweifel, daß heute noch die Sozialdemokratische Partei der zuverlässige Freund der Gewerkschaften ist. Doch der DGB und seine Gewerkschaften werden sich damit abzufinden haben, daß die SPD eben keine Arbeiterpartei mehr ist und infolgedessen auch nicht immer und ausschließlich Arbeitnehmerinteressen wahrnehmen kann. Das ist und bleibt Aufgabe des DGB und seiner Gewerkschaften.

Für die gewerkschaftliche Taktik in den kommenden Jahren, gerade auch im Hinblick auf die mittelfristige Wirtschaftspolitik, kommt es darauf an, die Interessen der Arbeit-

nehmer, die in den gewerkschaftlichen Programmen ihren Niederschlag gefunden haben, wirkungsvoll und erfolgreich zu vertreten. Der DGB wird sich also Mehrheiten da suchen müssen, wo er sie findet. Auf diese Weise könnte er vielleicht auch erreichen, daß das politische Gewicht der Arbeitnehmer in allen Parteien stärker als bisher zur Geltung kommt.

Der DGB ist keine Ersatzpartei. Er hat in der pluralistischen Gesellschaft seinen Aufgabenkreis, der freilich nicht so eng begrenzt ist, wie viele Unternehmer ihm gerne einreden möchten. DGB und Gewerkschaften sind zwar auch Interessenvertretungen und dazu noch die wichtigsten in unserer Gesellschaft; aber ihre Zielsetzung reicht weit über den materiellen Bereich hinaus. Allein die Bildungsarbeit, die die gewerkschaftlichen Organisationen leisten, rechtfertigt ihren Anspruch, als gesellschaftspolitische Kraft Einfluß auszuüben.

Die Grenzen ihrer Tätigkeit werden durch ihre Satzungen und ihre Programme gezogen. Diese wiederum sind das Ergebnis von Gewerkschaftstagen und DGB-Kongressen. DGB und Gewerkschaften tun gut daran, diese Grenzen nicht unvernünftig auszuweiten, aber sie sollten sich auch nicht von anderen Gruppen vorschreiben lassen, was sie zu tun, was sie zu unterlassen haben.

Es ist ihre Aufgabe, die Vorstellungen, die sie über die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft haben, der Öffentlichkeit deutlich und überzeugend darzulegen, dafür zu werben, und für die Durchsetzung ihrer Ziele Mehrheiten zu gewinnen.

Das gewerkschaftliche Bewußtsein

Über viele Aufgaben, vor denen der DGB steht, gibt es heute in den Reihen der Gewerkschaften recht unterschiedliche Auffassungen. Die Vorstellungen über mögliche oder erstrebenswerte Lösungen sind oft weit voneinander entfernt oder schließen sich gar aus. Hier hat ein Klärungsprozeß unter den Gewerkschaftern einzusetzen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich der Veränderungen bewußt werden, die durch Symptome wie Große Koalition, konzertierte Aktion und mittelfristige Wirtschaftspolitik gekennzeichnet sind. Die Veränderung unserer Industriegesellschaft zu einer Wohlstandsgesellschaft mit sozialem Charakter, das ist die Aufgabe, vor der DGB und Gewerkschaften stehen.

Diese Aufgabe zu erkennen und sich auf ihre Lösung vorzubereiten, das ist der Auftrag an alle Gewerkschafter. Sie sollte auf den künftigen Gewerkschaftstagen und den DGB-Kongressen im Mittelpunkt stehen; sie sollte auch das Thema sein, das die Delegierten auf dem Kongreß von 1969 in München beschäftigt.

Dabei sollten sich alle Gewerkschafter darüber klar werden, daß Programme und Organisationsformen ihre Zeit haben, und daß sie geändert werden müssen, wenn sie sich als untaugliche Instrumente erweisen.

Wenn der DGB und seine Gewerkschaften sich nicht selbst zur Wirkungslosigkeit verurteilen wollen, dann müssen sie den Mut haben, ihre Aufgaben unter den veränderten Bedingungen zu sehen und sich die Instrumente zur Lösung schaffen, um diese Aufgaben dann entschlossen anzupacken.

Am meisten mißfallen mir Gedanken, wenn sie sich zu bald als richtig herausstellen. Was hat man denn schon gesagt, wenn es sich nach zwei Jahren bereits herausstellt, daß es richtig ist?
Elias Canetti